

# Bildung ist Ländersache? Bildung ist Menschheitssache!

Offener Brief des Mittelbaus der Universität Koblenz-Landau, Campus Koblenz

Sehr geehrter Herr Staatsminister Hoch,

mit diesem offenen Brief möchten wir, die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der zukünftigen Universität Koblenz, ein Bewusstsein für eine komplexe und hochgradig prekäre Situation in der Personalplanung schaffen, deren Zusammenhänge und Strukturen von nachhaltigem, öffentlichem und politischem Interesse sind.

Die Universität Koblenz-Landau befindet sich gemäß dem politischen Willen der Ministerien und der Vertreter:innen des Landes Rheinland-Pfalz im Prozess der Neustrukturierung. Der Campus Landau wird an die TU Kaiserslautern angegliedert, die Verwaltung in Mainz aufgelöst, während der Campus Koblenz als Universität ab 2023 eigenständig sein wird. Das Wissenschaftsministerium formulierte als Ziel der Neustrukturierung: „Wir wollen die drei universitären Standorte in Kaiserslautern, Landau und Koblenz mit dieser Reform **stärken**. Wir wollen sie besser regional einbinden und sie sichtbarer in der bundesweiten und internationalen Wissenschaftslandschaft machen“.<sup>1</sup> Außerdem – so die Pressemitteilung aus dem MWWK weiter – „wurde gemeinsam zwischen Ministerium und Hochschulen bekräftigt, dass die **aktuell bestehenden Personal-Ressourcen** zur Absicherung des Kapazitätserhalts in Studium und Lehre an den Standorten Koblenz und Landau **erhalten werden**“.<sup>2</sup>

Im Herbst 2020 wurden die Zielvereinbarungen zur Umsetzung der Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre in Rheinland-Pfalz und des Zukunftsvertrages von Bund und Ländern unterzeichnet. Darin wird zwar die Übergangszeit bis zur vollzogenen Trennung bedacht, der Erhalt der aktuellen Personalressourcen erfolgt allerdings durch den **Abbau aller Rücklagen** und durch zusätzliche Mittel.<sup>3</sup> „**Um auch ab 2023 die aktuellen Kapazitäten in Studium und Lehre an den Standorten zu erhalten**, haben daher die Universität Koblenz-Landau und das MWWK vereinbart, dass die **aktuell bestehenden Personalressourcen** der Universität Koblenz-Landau an ihren Standorten **auch ab 2023 erhalten werden**“ – die Finanzierung ab 2023 bleibt allerdings weiter offen: „Die Ausgestaltung und Bereitstellung der **hierfür erforderlichen Ressourcen** ist **Gegenstand einer Vereinbarung jenseits dieser Zielvereinbarung**“.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Pressemitteilung des MWWK, 07.10.2020.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Vgl. Zielvereinbarung zur Umsetzung der Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre in Rheinland-Pfalz, S. 17.

<sup>4</sup> Ebd.

Die Zusagen zum Erhalt der Personalressourcen wecken Hoffnungen. Zeitgleich erleben wir in deren Vagheit eine große Unsicherheit. Die neue Universität Koblenz steht nicht nur in der Rechtsnachfolge der Universität Koblenz-Landau, sie erbt auch deren desaströse Finanzausstattung, und knapp anderthalb Jahre vor der Selbstständigkeit gibt es immer noch keine verbindlichen Zusagen zu einer soliden Grundfinanzierung. Die Finanzausstattung ist folglich unverändert prekär – die schlechteste im Land. Dies lässt sich sowohl in absoluten Zahlen als auch in beliebigen Relationen (Betreuungsverhältnis, Raumkapazitäten, mediale und technische Ausstattung...) ausdrücken. Die laufenden Ausgaben für Lehre und Forschung je Student:in liegen nach unserem Kenntnisstand bei 4400 Euro, das entspricht knapp 70% des Landesdurchschnitts und nur 60% des Bundesdurchschnitts.<sup>5</sup>

Wir steuern auf dieselbe Situation wie im Jahr 2020 zu. Die Hochschulpaktstellen wurden durch Rücklagen bis Ende 2022 verlängert, diese laufen nun zum 31.12.2022 endgültig aus. **Es brechen – in manchen Fachbereichen – mehr als die Hälfte der Stellen weg.** Für die Verstetigung der HSP-Stellen kommen durch den erforderlichen Verwaltungsaufbau und die benötigten Stellen in den zentralen Einrichtungen lediglich 30 Stellen in den Fachbereichen an. Sollte nur mit diesen fest zu rechnen sein, droht **erneut** die **Unplanbarkeit der Lehre** im Wintersemester 22/23 und ein **Verlust von Verankerung** und **Reputation** in der Region. **Erneut gehen** langfristig gewachsene **Stärken** und **Leistungsträger:innen verloren** und der **Output** sowie die **Qualität der Forschung** der Universität sind **in ernster Gefahr**.

Eine Personalplanung ohne ausreichende, verbindlich zugesagte Mittel für den Erhalt der Personalressourcen – bei gleichzeitig gefordertem Kapazitätserhalt – führt darüber hinaus dazu, dass mit einer Vielzahl an **Hochdeputatsstellen** und mit einer Kompensation der grundständigen Lehre durch **Lehraufträge** eben dieser Kapazitätserhalt gewährleistet werden soll. Dies hätte gravierende Auswirkungen auf die Qualität der Lehre und der Forschung und würde zu einer massiven Verschlechterung der Arbeits- und Qualifikationsbedingungen von Mitarbeiter:innen im akademischen Mittelbau führen. Die **Betreuerrelationen** (bereits jetzt im Landes- und Bundesvergleich auf den hintersten Plätzen) **verschlechtern sich zusätzlich**, die **Lehr- und Prüfungslast pro Kopf erhöht sich**, der Rückgriff auf Lehraufträge für die Gestaltung der Grundversorgung führt zu einem **Profilierungsverlust** durch die geringe Anbindung an die Professuren, erhöht den Personalbedarf für die Vergabepaxis und **erschwert die Sicherung der Qualität** deutlich. Des Weiteren beinhalten **Hochdeputatsstellen keine Ressourcen für forschende Lehre**, für die Auseinandersetzung mit aktuellen Forschungsproblemen und die Durchführung eigener Forschungsprojekte. Eine angestrebte **wissenschaftliche (Weiter-)Qualifizierung**, ob Promotion, Habilitation oder Anderes wird damit in den meisten Fällen **nahezu unmöglich**. Hochdeputatsstellen bieten keine Perspektive für einen Mittelbau, der mehr sein möchte als reines Lehrpersonal.

---

<sup>5</sup> Vgl. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/_inhalt.html)

Die Umsetzung einer solchen Personalplanung in Koblenz würde langfristig **zu komplexen Rückwirkungen in die gesellschaftliche Wirklichkeit** führen, die durch keine Reformen oder Eilerlasse zurückgenommen werden können. Eine Unterfinanzierung der Universität lässt eine Verschlechterung von Bildungsbedingungen wahrscheinlich werden, denn wer heute noch Schüler:in ist, ist morgen schon Student:in, übermorgen schlecht ausgebildete Lehrer:in mit zig eigenen Schüler:innen usw. Wir sind davon überzeugt: Das Bewusstsein der Bürger:innen für den Umweltschutz, für Inklusion und Integration, für das eigene Konsumverhalten und für die ethische Verantwortung gegenüber den Folgegenerationen – um nur einige Bereiche anzudeuten – hängt nicht primär an den wirtschaftlichen Maßnahmen sondern vor allem an einem Bildungssystem, das zu einem autonomen und demokratischen Selbstverständnis der Bürger:innen befähigt. Diese **Bildung bedarf einer Fürsorge**; das Wesen der Bildung erfüllt sich nicht in der Ressource, die als Arbeitskraft für die Ausbildung Dritter verrechnet wird, sondern in dem autonomen Individuum, das die Kultur der Menschheit in seiner Person und die Qualität der Gesellschaft in seinem einzigartigen Dasein verkörpert.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Dimensionen dringen wir auf einen **offenen Dialog** und die **unmittelbare Aufnahme der Verhandlungen mit verbindlichen Zusagen** über die verantwortungsbewusste und nachhaltige Finanzierung der eigenständigen Universität Koblenz ab 2023. Dies darf dabei nicht vom abstrakten Haushalt aus konstruiert werden, sondern muss vom tatsächlichen Bedarf der Institute und Mitarbeiter:innen ausgehen und von dort in die Haushaltsplanung zurückwirken.

Die Universität benötigt Mittel für eine Stellenstruktur, die den Anforderungen im Bereich der Forschung und Lehre auch auf Mittelbauebene entspricht. **Es müssen daher weitere Kapazitäten durch einen höheren Sockel und entfristete Dauerstellen ohne Hochdeputat eingerichtet werden, um die Aufgabe, eine qualitativ hochwertige und forschende Lehre anzubieten, auch weiterhin angemessen erfüllen zu können.** Genügend Möglichkeiten, auf befristeten Stellen zu promovieren und zu habilitieren, gehören dabei ebenso zu einer Universität, die ihre Aufgabe als Qualifikationsort in der Wissenschaft ernst nimmt.

**Wir, die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der zukünftigen Universität Koblenz, brauchen Planungssicherheit, und zwar heute – im Frühjahr 2022 ist es zu spät!**

Koblenz, 2. Juni 2021

Die gewählten Mittelbauvertreter:innen am Campus Koblenz


des Senatsausschusses und des Senats



Dipl.-Inf. Christian Schneider (Digitalisierung)



Dr. Wiebke Lohfeld (FB1)



Dr. Jessica Gahn (FB2)

der Koblenzer Fachbereichsräte



Dr. Gesine Esslinger (FB1)



Dr. Jutta Meier (FB3)



Tamara Diederichs, M.A. (FB1)



Dr. Michael Tempel (FB3)



Kerstin Bestvater, M.A. (FB1)



Dr. Robert Rockenfeller (FB3)



Christian Jeub, Lt. Universitätsmusik (FB2)



Dr. Florian Schwade (FB4)




Dr. Martin Lilkendey (FB2)



Vera Spitzer, M.Sc. (FB4)



PD Dr. Werner Moskopp (FB2)



Dr. Volker Riediger (FB4)